

## Oebisfelde-Weferlingen

Redaktion:  
Ines Jachmann (ij)  
Lange Straße 57, 39646 Oebisfelde  
Tel.: 039002/98 48 98, Fax: -99,  
ines.jachmann@volksstimme.de  
redaktion.oebisfelde@volksstimme.de

## 76-Jährige beim Einkaufen bestohlen

**Wolfsburg (vs)** • Während eines Einkaufs in einem Markt in Fallersleben wurde einer 76-jährigen Seniorin am Mittwochnachmittag die Geldbörse gestohlen. Am Donnerstag stellte die Frau beim Blick auf ihre Kontoauszüge dann fest, dass der Dieb mit der in dem Portemonnaie befindlichen EC-Karte Geld von ihrem Konto abgeboben hatte. In diesem Fall hatte es der Täter leicht, da sich in dem Portemonnaie ein Zettel mit der PIN befand. In diesem Zusammenhang weist die Polizei in ihrer Pressemitteilung darauf hin, dass Bankkarten und die zugehörigen Geheimzahlen stets getrennt voneinander aufbewahrt werden sollten. Es sollte auch darauf geachtet werden, Geldbörsen in einer verschlossenen Jackeninnentasche oder in einer körpernah getragenen Tasche zu tragen.

Zeugen des Diebstahls werden gebeten, sich bei der Polizei in Fallersleben unter der Telefonnummer 05362/94 74 10 zu melden.

## Meldungen

### Stadtrat entscheidet über Baumaßnahmen

**Oebisfelde/Weferlingen (ij)** • Am morgigen Dienstag, 25. Januar, trifft sich der Stadtrat der Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen zur ersten öffentlichen Sitzung in diesem Jahr um 19 Uhr im Haus der Generationen und Vereine in Weferlingen. Auf der Tagesordnung steht erneut die Prioritätenliste der Investitionen 2022. Dabei geht es um die Fragen, wann die Brauhofbrücke in Walbeck wieder befahrbar ist und wann der marode Fußweg in der Oebisfelder Lindenstraße grundrenoviert wird. Bisher gab es dazu unterschiedliche Empfehlungen der Fachausschüsse. Jetzt muss der Stadtrat entscheiden, welche der Maßnahmen bereits dieses Jahr in Angriff genommen werden sollen.

### Öffentliche Sitzung des Bauausschusses

**Oebisfelde/Weferlingen (ij)** • Am kommenden Donnerstag, 27. Januar, findet die nächste Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses der Stadt Oebisfelde-Weferlingen statt. Los geht es um die Fragen, wann die Brauhofbrücke in Walbeck wieder befahrbar ist und wann der marode Fußweg in der Oebisfelder Lindenstraße grundrenoviert wird. Bisher gab es dazu unterschiedliche Empfehlungen der Fachausschüsse. Jetzt muss der Stadtrat entscheiden, welche der Maßnahmen bereits dieses Jahr in Angriff genommen werden sollen.

### Radfahrer mit 1,82 Promille unterwegs

**Oebisfelde (vs)** • Auf Höhe des Oebisfelder Bahnübergangs aus Richtung Weddendorf fiel der Polizei am späten Sonntagabend gegen 23 Uhr ein Fahrradfahrer mit sichtbaren Ausfallerscheinungen auf. Die Beamten führten bei dem Radfahrer einen Atemalkoholtest durch. Dieser ergab einen Wert von 1,82 Promille. Daraufhin erfolgten eine Blutprobenentnahme und eine Anzeige, heißt es in einer Mitteilung des Polizeireviere Börde.

# Umgehung Grasleben infrage gestellt

Gruppe aus SPD, Freiem Wählerbündnis und Bürgerliste will Gespräche zur Südumgehung wieder aufnehmen

Der Rat der niedersächsischen Gemeinde Grasleben gab im August 2020 grünes Licht für den Bau einer Nordumgehung. Jetzt will die Gruppe aus SPD, Freiem Wählerbündnis und Bürgerliste diesen Beschluss kippen und bringt wieder eine Südumgehung ins Spiel.

Von Ines Jachmann  
**Grasleben/Weferlingen** • Der Saal im Schützenhaus war gut gefüllt. Etwa 100 Besucher verfolgten die jüngste Bauausschusssitzung der niedersächsischen Gemeinde Grasleben. Unter den Besuchern auch der Bürgermeister der Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen, Hans-Werner Kraul, sowie Weferlingens Ortsbürgermeister Dirk Kuthe. Das Hauptthema dieses Abends - der geplante Bau einer Nordumgehungstraße bei Grasleben.

Das Vorhaben stößt nicht überall auf Zustimmung. Unter anderem befürchtet man in Weferlingen, dass mit Realisierung dieser Variante noch mehr Lkw durch den Ort rollen. Die Alternative - eine Südumgehung. Der Vorteil: Damit könnten mit Mariental, Grasleben und Weferlingen gleich mehrere Orte entlastet werden.

### Viele Varianten und Trassenverläufe diskutiert

Grasleben und Weferlingen stöhnen seit Jahrzehnten unter enormer Verkehrsbelastung. Die Orte leiden unter dem Straßenverkehr zwischen den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. In Weferlingen rollt der gesamte Lieferverkehr dreier Großbetriebe über die L 43 in alle Richtungen durch den Ort. Zudem ist die Straße eine Umleitungsstrecke für die A 2. Gleiches Bild in Grasleben. Dort schiebt sich täglich der Schwerlastverkehr durch die enge Magdeburger Straße, die für diese Belastung gar nicht ausgelegt ist. Anwohner sind genervt. Politik und Verwaltung suchen seit den frühen 1990er Jahren nach einer Lösung.

Viele Varianten und Trassenführungen wurden diskutiert und wieder verworfen: Nordumgehung, mitten durch Grasleben, außen rum, auch eine Südumgehung war im Gespräch. Fakt ist: Egal, welche Umgehungstraße es geben wird - sie wird immer eine Be-



Rund 15 000 Fahrzeuge rollen täglich durch Grasleben. Davon machen Lkw allein auf der Magdeburger Straße 13 Prozent aus. Auch in Weferlingen ist die Verkehrssituation angespannt. Ansätze seitens der Politik, die Situation mit einer Umgehungstraße zu entspannen, gibt es seit mehr als 20 Jahren.

Archivfoto: Gemeinde Grasleben

lastung für andere mit sich bringen.

Im August 2020 hatte sich der damalige Gemeinderat Grasleben für eine Nordumgehung ausgesprochen. Diese sieht vor, die bestehende Kreisstraße 56 (Vorsfelder Straße) bis zur Landesstraße nach Weferlingen zu verlängern. Nach der Kommunalwahl 2021 in Niedersachsen haben sich die Verhältnisse im Gemeinderat Grasleben aber geändert.

Die Gruppe aus SPD, Freiem Wählerbündnis und Bürgerliste hat nun die Mehrheit und stellte bereits im November 2021 den Antrag, den Beschluss zur Nordumgehung aufzuheben. „Wir versuchen, eine südliche Entlastung zu schaffen, begründete deren Gruppenvorsitzender Axel Storm den Antrag. Der Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalt sehe eine Überarbeitung der Raumplanung vor, was Anlass zur Hoffnung für eine Südumgehung gebe. Um mit dem zuständigen Ministerium in Magdeburg Gespräche aufzunehmen, sei eine Aufhebung des Graslebener Beschlusses die Grundvoraussetzung.“

„Das wäre fatal“, findet die

CDU/FDP-Gruppe. Noch nie habe man so nah vor einer Lösung gestanden. „Eine Aufhebung würde uns um Jahre zurückwerfen“, ist sich Veronika Koch (CDU), Landtagsabgeordnete im Landkreis Helmstedt, sicher. Zudem seien zu dem Thema viele Fehlinformationen im Umlauf. Ein Grund, weswegen CDU und FDP auch eine Unterrichtung im öffentlichen Ausschuss wollten.

### Mögliche Südumgehung wirtschaftlich nicht tragbar

Die Graslebenerin hat sich als ehemalige Bürgermeisterin seit 2011 aktiv mit diesem Thema beschäftigt. Eine große Rolle habe gespielt, in welche Kategorie die Umgehungstraße eingeordnet würde. Kreis-, Landes- oder Bundesstraße? Das Land Niedersachsen stellt seit den 1980er Jahren keine finanziellen Mittel für den Neubau von Landesstraßen zur Verfügung. Am Ende sei die Idee, die bestehende Kreisstraße 56 zu verlängern bis zur Landesstraße nach Weferlingen, also eine Nordumgehung, die einzig finanzierbare Möglichkeit gewesen, so Koch.

Auch eine Südumgehung, die nicht nur Grasleben, sondern auch Mariental und Weferlingen entlasten würde, wurde vom Verkehrsministerium des Landes Sachsen-Anhalt geprüft. Das Ergebnis lag 2020 vor. Die Trasse würde durch Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiete und Flora- und Fauna-Habitats führen. Das Grüne Band als nationales Naturmonument wäre betroffen. Zu teuer, nicht wirtschaftlich, insbesondere zulasten des Landes Sachsen-Anhalt. Diese Ansicht teilt auch der Landkreis Börde.

Daran habe sich bis heute nichts geändert, sagt Graslebens Gemeindedirektor Gero Janze. Er habe kürzlich noch einmal mit dem persönlichen Referenten von Sachsen-Anhalts Verkehrsministerin Lydia Hüskens (FDP) gesprochen.

Dessen Aussage: Nach Durchsicht der Unterlagen habe Hüskens klar gesagt, es gebe keine neuen Erkenntnisse zu dieser Trasse. Und selbst wenn, gebe es im Land noch Dutzende andere Straßen, die man eher bauen würde. „Ich denke, das ist eindeutig. Wer weiter an eine Südumgehung denkt,

ist nicht realitätsnah“, so Janze. Das bestätigten auch noch einmal Vertreter verschiedener Behörden, die mit den Plänen einer Umgehungstraße beschäftigt waren oder noch sind.

### Nordumgehung nicht beste, aber bezahlbare Lösung

Gerhard Radeck, Landrat des Landkreises Helmstedt, wies noch einmal auf das zentrale Problem hin: Die starke Belastung der Magdeburger Straße und die damit verbundene Gefährdung von Menschen. Die Nordvariante sei zwar nicht die beste Lösung, aber dafür die realistischste, betonte Radeck.

Mit dem Beschluss aus 2020 habe der Kreis nun erste Gelder dafür in den Haushalt eingestellt. Für ihn sei nun ein klares Signal aus Grasleben wichtig. „Der Landkreis muss wissen, welche Variante geplant werden soll. Sollte der Beschluss vom Gemeinderat Grasleben aufgehoben werden, würden sämtliche Vorprüfungen eingestellt.“

Michael Peuke, Leiter des Geschäftsbereichs der nieder-

sächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Wolfenbüttel, wies darauf hin, dass das Land noch keine Förderzusage für die Nordumgehung gegeben habe, sondern nur die Aussage, dass dieser Bau „möglicherweise förderfähig ist“.

Natürlich müsse bei so einem Projekt lange im Vorfeld geschaut werden, ob Fördermöglichkeiten gegeben wären. Das sei bei der Nordumgehung geschehen. Auf die Frage von Veronika Koch, ob für die Südumgehung eine Förderung möglich sei, sagte Peuke: „Nein, da davon auszugehen ist, dass nach niedersächsischem Straßengesetz diese Straße zukünftig als Landesstraße eingeordnet werden müsste.“

Nach Ausführung aller Wortbeiträge und teils emotionsgeladenem Schlagabtausch stimmte der Bauausschuss mehrheitlich für eine Aufhebung des Beschlusses zur Nordumgehung. Allerdings ist es nur eine Empfehlung. Ob der Beschluss wirklich gekippt wird, steht nicht fest. Eine endgültige Entscheidung muss der Rat treffen.

## Neuer Lehrcampus im Wolfsburger Klinikum gestartet

Uni Göttingen eröffnet zweiten Ausbildungsstandort / Medizinische Versorgung in der Region soll damit verbessert werden

**Wolfsburg (vs)** • Die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) hat einen zweiten klinischen Ausbildungsstandort - den MedizinCampus Wolfsburg. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wurde jüngst mit der Stadt Wolfsburg unterzeichnet. Damit sollen die klinischen Ausbildungskapazitäten ausgebaut werden.

Die UMG verlagert künftig patientennahe Lehrveranstaltungen an das Klinikum in Wolfsburg. Mithilfe dieser zusätzlichen klinischen Ausbildungskapazitäten sollen in Zukunft rund 60 Teilstudienplätze der Medizinischen Fakultät im Bereich Humanmedizin in Vollstudienplätze umgewandelt werden.

Die ersten 20 Studierenden aus Göttingen haben jetzt mit dem ersten Untersuchungs-

kurs am Klinikum Wolfsburg begonnen. Zwei Wochen lang werden sie in verschiedenen Fachabteilungen unterrichtet. Dabei geht es vor allem um körperliche Untersuchung und Anamneseerhebung. Einzelne Techniken werden gegenseitig und an Patienten geübt. Der Kurs ist zugleich Startschuss für den Lehrcampus.

Grundlage für den Kooperationsvertrag war eine im Oktober 2021 unterschriebene Absichtserklärung. Sie vereinbart das gemeinsame Ziel, Medizinstudenten aus Göttingen die Ausbildung vom ersten bis fünften Semester an einem zweiten Ausbildungsstandort im Klinikum Wolfsburg zu ermöglichen.

„Damit ist jetzt in Niedersachsen der Weg frei für zusätzliche Vollzeitstudienplätze



Unterricht am Krankenbett im Klinikum Wolfsburg: Dr. Steffen Neumann (rechts) mit den Medizinstudenten der UMG, Martin Strohmeyer (links) und Maximilian-Martin Lahmer.

Foto: Thorsten Eckert

im Bereich der Humanmedizin. UMG und Klinikum Wolfsburg leisten damit einen wert-

vollen Anteil zur Stärkung des dringend benötigten Ärztenachwuchses für Niedersach-

sen“, sagte Professor Dr. Wolfgang Brück, Sprecher des Vorstandes der UMG und Dekan der Medizinischen Fakultät.

Die klinisch-praktische Ausbildung soll die Belange der Patientenversorgung des Klinikums Wolfsburg berücksichtigen und patientenbezogene Ausbildungskapazitäten für den klinischen Studienabschnitt nutzbar machen.

„Der unterschriebene Kooperationsvertrag eröffnet uns in Wolfsburg großartige Möglichkeiten, die medizinische Versorgung in der Stadt Wolfsburg und der ganzen Region, insbesondere auch im ländlichen Bereich, zu verbessern. Durch die Ausbildungsabschnitte in unserem Klinikum haben wir die Chance, Studienreife für Wolfsburg, unser Klinikum und die Region zu be-

geistern“, erklärte Wolfsburgs Oberbürgermeister Dennis Weilmann.

Langfristig würde mit dem Lehrcampus auch die Zusammenarbeit mit den kommunalen Krankenhäusern in Braunschweig und Wolfenbüttel profitieren, ist sich Klinikumsdezernentin Monika Müller sicher. „Mit Blick auf den Ärztemangel in Deutschland ist die Ausbildung von Medizinstudierenden ein Thema von höchster Priorität. Wir sind froh, dass wir in unserem Klinikum nun die Voraussetzungen dafür schaffen konnten“, ergänzt die Vorsitzende des Klinikumsausschusses, Dr. Ursula Partzsch-Asamoah. Dies sei ein wichtiger Beitrag, um die Ausbildung in unmittelbarer Nähe zu den Patienten zu ermöglichen.